



## Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Annette Karl, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Bernhard Roos, Natascha Kohonen, Andreas Lotte SPD**

### **Paketzusteller vor Ausbeutung schützen – NRW-Initiative im Bund unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu verhindern, indem sie

1. die dafür zuständige Behörde dazu veranlasst, die Einhaltung von Arbeitsschutzvorgaben in der Paketdienstbranche im Freistaat zu kontrollieren,
2. dem Landtag über die Ergebnisse dieser Kontrollen berichtet und
3. die nordrhein-westfälische Initiative zur Änderung der Fahrpersonalverordnung im Bund unterstützt.

### **Begründung:**

In der Paketdienstbranche werden Arbeitsschutzvorgaben durch die Auslagerung an Subunternehmen offensichtlich systematisch umgangen. Kontrollen des NRW-Arbeitsschutzes stellten bei rund 85 Prozent der Unternehmen Mängel im Hinblick auf die Einhaltung von Arbeitsschutzregeln, vor allem bezüglich der Lenk- und Ruhezeiten, fest. Dieser drastische Umgang mit Paketauslieferern wird nicht auf Nordrhein-Westfalen begrenzt sein. Daher wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, solchen Kontrollen in der Paketdienstbranche im Freistaat zu veranlassen und dem Landtag über die Ergebnisse in Kenntnis zu setzen.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung den vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium angekündigten Vorstoß zu einer Änderung der Fahrpersonalverordnung auf Bundesebene unterstützen. Denn ein Vorgehen gegen solche Arbeitsschutzmissachtungen ist nur möglich, indem die großen Paketdienstleister unmittelbar in die Mitverantwortung genommen werden, wenn sie Subunternehmer beschäftigen. Eine entsprechende Präzisierung der Verordnung ist angesichts der Kontrollergebnisse dringend erforderlich und daher uningeschränkt zu unterstützen.